

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 237 - 25. Jahrgang

März 2018

Spendenbeitrag 80 Cent

UNTERWEGS IN ROSTOCK

Welttag der Sozialen Gerechtigkeit – unterwegs in Rostock

Am 20. Februar bot der Welttag der Sozialen Gerechtigkeit unserer Linksfraktion im Landtag einen Grund mehr, dieses Kernziel aufzugreifen und landesweit verschiedene Aktionen zu unternehmen. In Rostock war Genossin Eva-Maria Kröger unterwegs. Morgens wurden kleine Tüten und Körbe gepackt und befüllt mit Geschenken sowie Info-Materialien der Landtagsfraktion zu den Themenfeldern sozialer Politik. Ein kleiner Handwärmer und Kaffee gegen die soziale Kälte rundeten das Dankeschön ab, das an mehrere Einrichtungen überreicht wurde, die für Menschen in Rostock da sind und soziale Arbeit leisten. Eva-Maria schreibt in ihrer Pressemitteilung, man dürfe die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht als Floskel abtun: „Menschen haben das Recht, gleichwertig behandelt zu werden. Die gleichen Chancen im Kindesalter,

gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Würde im Alter für alle und der Zugriff auf bezahlbares Wohnen, Kultur und Teilhabe. Dies sind unsere Ziele und sie sind nach wie vor wichtig. Denn trotz Mindestlohn

und der Kampf um kulturelle Identität polarisieren und spalten.“ Als LINKE sind uns diese Missstände bewusst, auch deshalb lassen wir solche Tage wie den 20.02. nicht untätig vorbeiziehen.



Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen habe ich die Tour mit Eva durch Rostock vorbereitet. Wir besuchten unter anderem das DRK in Reutershagen, ein Pflegeheim für wohnungslose, auch suchtkranke Menschen, das Sozialkaufhaus in Schmarl sowie das SBZ in Dierkow. Schön war, dass sich alle sehr gefreut haben über unseren Besuch und die kleine Wertschätzung. Wahrscheinlich sind genau solche Momente der Begegnung und der Gespräche tausend Mal wichtiger als Anträge oder Anfragen im Landtag, die trotz enormer

und wachsender Überschüsse der öffentlichen Haushalte leben zu viele Menschen in Armut. Außerdem müssen wir uns einem neuen Gegeneinander in der Gesellschaft stellen. Ausgrenzung, Missgunst

Anstrengungen unserer Landtagsfraktion leider von vielen BürgerInnen überhaupt nicht wahrgenommen werden.

Kristin Schröder (Mehr zum Thema auf Seite 3)



In Rostock wurde an die Ermordung von Mehmet Turgut erinnert
Mehr dazu auf Seite 2



In Rostock besuchte Eva-Maria Kröger soziale Einrichtungen
Mehr dazu auf Seite 3



Das Lütten Kleiner Blättchen stellt fleißige Ehrenamtler*innen vor
Mehr dazu auf Seite 12

**In dieser
Ausgabe**

■ Seite 2: Mehmet Turgut
■ Seite 3/4: Welttag Gerechtigkeit
Seite 4/5: Groko ist Mist
Seite 6: Welttag Gerechtigkeit
Seite 6-9: Aus dem Bundestag
Seite 10: Lenin neu entdecken

Seite 11: Rostocks Geschichte
Seite 12: Regionalforen
Seite 13: Rotfeder
Seite 14: Aus Brüssel
Seite 15: Politisch. Frauenabend
Seite 16: Aus dem Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser, im Auftrag von Marlis Schröder möchte ich noch einmal die folgende Bitte an Euch herantragen: Wir brauchen wie in jedem Jahr wieder Eure Unterstützung für unseren Kuchenbasar am 1. Mai. Jeder selbstgebackene Kuchen ist willkommen. Vielen Dank schon mal!

In dieser Klartext-Ausgabe findet Ihr wieder zahlreiche Infos zu den Aktivitäten der LINKEN in Stadt und Land, zum Beispiel zur Sozialtour unserer Landtagsfraktion. Unsere Abgeordneten verknüpfen die



Arbeit im Parlament mit Präsenz bei den Menschen vor Ort – das ist der richtige Weg. Die herzlichen Reaktionen in den besuchten Einrichtungen belegen dies.

Bis Redaktionsschluss wussten wir noch nicht, ob die Mitglieder der SPD für eine Neuauflage der Großen Koalition gestimmt haben. Der Koalitionsvertrag hat viel Lob von der SPD-Spitze erfahren, sie hat ihre Gründe dafür.

Die Analyse unseres Landesvorstandes (Seiten 4-5) verrät jedoch, wie dürftig die inhaltliche Basis für die kommenden vier Jahre ist.

DIE LINKE wird weiterhin mit ihren politischen Angeboten dagegenhalten. Wir berichten auch in dieser Ausgabe gerne darüber. Auf Regionalforen wird unsere Partei über die künftige strategische Ausrichtung beraten. Daran könnt und sollt Ihr Euch gerne beteiligen. Die Termine findet Ihr auf Seite 12.

Lest bitte auch den Bericht von Helmut Scholz aus dem Europa-Parlament (S. 14). Die Europawahl steht vor der Tür. Denkwürdiges findet Ihr auf den Seiten 10 und 11.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünnen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



KLARTEXT online

Autoindustrie muss für Diesel-Nachrüstung und Nulltarif im ÖPNV zahlen

Laut Medienberichten empfiehlt eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertengruppe die Finanzierung der Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Steuergeldern. Dazu erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Diese Kumpanei mit der Autoindustrie macht mich fassungslos. Das ist Lobbyismus pur, der an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten ist. Eine Diesel-Nachrüstung auf Staatskosten und damit auf Kosten der Steuerzahler kommt nicht in Frage. Den Betrügern in den Chefetagen der Autokonzerne noch Steuergelder hinterher zu werfen, statt sie rechtlich zur Verantwortung zu ziehen – das geht gar nicht. Wer über Jahre Millionen Bürger betrügt, der hat in diesem Land offensichtlich nichts zu befürchten, sondern kann mit Nachsicht und zusätzlichen Finanzspritzen rechnen. Wer sich hingegen zu oft ohne Fahrschein in

Bus oder Bahn setzt, landet in der Regel im Knast: Rund 5000 Schwarzfahrer sitzen hinter Gittern.

Das Verursacher-Prinzip muss auch für die Autokonzerne gelten: Sie und niemand anders müssen für die Kosten aufkommen, um ihre Fahrzeuge rechtskonform nachzurüsten. DIE LINKE fordert schon lange einen kostenfreien Nahverkehr und begrüßt die aktuelle Diskussion darüber. Wer die damit verbundenen Kosten tragen muss, das dürfte auf der Hand liegen: die Verursacher der Gesundheitsgefährdung und nicht die Opfer. Keinen Euro Steuergeld für die Betrüger-Konzerne. Der Nulltarif bei Bus und Bahn hätte noch weitere Vorteile: Die Gefängnisse werden von Schwarzfahrern entlastet und hätten mehr Platz für Täter aus der organisierten Kriminalität, die massenhaften, systematischen und bandenmäßig organisierten Betrug mit dramatischen gesundheitlichen und finanziellen Schäden für Millionen Menschen begangen haben.

Erinnerung an Mehmet Turgut, ermordet in Rostock

Am 25. Februar 2004 wurde Mehmet Turgut in einem Imbiss in Rostock von den Terroristen des NSU ermordet. Die Hansestadt Rostock und die Initiative „Mord verjährt nicht“ gedachten auch in diesem Jahr dieser schrecklichen Tat. Trotz Schneetreibens versammelten sich ca. 100 Menschen am Gedenkort im Neudierkower Weg. Es wurden u.a. Grußbotschaften von Hinterbliebenen der NSU-Opfer verlesen. Auf dem Foto Wenke Brüdgam und Torsten Koplin, unsere Landesvorsitzenden.

Opfer des NSU-Terrors gedenken – Aufklärung auch in M-V voranbringen

Zum 14. Jahrestag der Ermordung von Mehmet Turgut durch den NSU erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter: „Auch 14 Jahre nach der Ermordung von Mehmet Turgut durch den rechtsterroristischen NSU liegen die Umstände dieses Verbrechens immer noch im Dunkeln. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte auf der Gedenkfeier 2012 den Angehörigen und Freunden der durch den NSU ermordeten Menschen rückhaltlose Aufklärung zugesichert. Dieses Versprechen wurde bis heute nicht eingelöst. Gerade M-V ist ein blinder Fleck im NSU-Komplex. Dies liegt vor allem daran, dass es immer noch keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) im Land gibt.“

Gerade auch deshalb ist es wichtig, das Gedenken und Erinnern an die Opfer der Mordserie lebendig zu halten. Es ist gut, dass am Sonntag in Rostock um 14:00 Uhr am Mahnmal von Mehmet Turgut eine Gedenkveranstaltung stattfindet. Das Mahnmal wurde erst kürzlich zum wiederholten Mal Ziel einer neonazistischen Attacke. Die dabei hinterlassene Sympathiebekundung für den NSU ist an Widerwärtigkeit nicht zu überbieten und macht deutlich, dass die Gefahr in M-V noch lange nicht gebannt ist.“



Welttag der sozialen Gerechtigkeit

IMPRESSIONEN VON DEN
AKTIONEN IN ROSTOCK



Fleißige Helfer*innen bereiten in der Geschäftsstelle der Rostocker LINKEN die Aktionen vor



Politikwechsel nötig für soziale Gerechtigkeit

Zum Welttag der sozialen Gerechtigkeit erklären die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Mecklenburg-Vorpommern, Wenke Brüdgam und Torsten Koplin: Heute ist der Welttag der sozialen Gerechtigkeit. Im Jahr 2007 wurde dieser Tag durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen initiiert. Die soziale Gerechtigkeit, so die UN, sei eine der wichtigsten Aufgaben, um die Entwicklungsprozesse und die Würde des Menschen zu stärken. Wenn das reichste Zehntel der Weltbevölkerung nahezu 90 % des Gesamtvermögens auf sich vereint, ist das nicht nur ein Missstand, der fortlaufend zu sozialen Verwerfungen führt. Diese immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen arm und reich bedroht zunehmend unser demokratisches Zusammenleben und

schwächt das Gemeinwesen. Nicht zuletzt gefährdet zunehmende Ungleichheit auch funktionierende Wirtschaftskreisläufe. Wir fordern aus all den Gründen ein Umdenken in der Verteilungsfrage. Konzerne und Superreiche dürfen sich nicht aus der Verantwortung stellen, wenn es darum geht, soziale Sicherungssysteme und öffentliche Investitionen zu finanzieren. Eine Große Koalition des „Weiterso“ wird hier keine Kehrtwende einleiten. DIE LINKE wird sich weiterhin für einen Politikwechsel einsetzen und für eine sozial gerechte Gesellschaft für Alle kämpfen: ohne Armut, friedlich und weltoffen. Packen wir es an!



Welttag der sozialen Gerechtigkeit

Zum Welttag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping:

Das reichste Prozent der Menschen besitzt mehr Vermögen als der gesamte Rest der Weltbevölkerung. Die soziale Ungleichheit wächst täglich. Weltweit gibt es 2043 Milliarden während 3,7 Milliarden Menschen in Armut leben. In Deutschland ist Umverteilung eine Frage von Gerechtigkeit – weltweit ist sie eine Frage von Leben und Tod.

Das Streben um soziale Gerechtigkeit, um soziale Garantien für alle, erfordert den Mut sich mit Superreichen und Konzernen anzulegen. Es darf kein „Weiter so“ geben. Kleine Kurskorrekturen innerhalb des neoliberalen Kapitalismus reichen nicht.

Die künftige Große Koalition aus SPD, CDU und CSU muss die täglich wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland stoppen und eine Kehrtwende einleiten: Dazu gehört eine Politik, bei der Konzernprofite zu einem reichen Gemeinwesen beitragen und Vermögende endlich angemessen besteuert werden.

Soziale Rechte, Demokratie und Welt-offenheit sind heute nur noch im Vorwärtsgang zu verteidigen. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle garantiert vor Armut geschützt sind und das Öffentliche gestärkt wird. Es gibt viel zu gewinnen: Eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Eine Welt frei von Armut und ein gutes Leben für alle.



Die Große Koalition und Mecklenburg-Vorpommern - Eine Kurzanalyse

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD auf Bundesebene steht. Die Sozialdemokraten hätten viel herausgeholt bei den Verhandlungen, so die Meinung der breiten medialen Öffentlichkeit. Doch stimmt das wirklich? Gerade ein Blick auf die Auswirkungen in Mecklenburg-Vorpommern ist ernüchternd. Der Landesvorstand hat sich deshalb mit einzelnen Punkten auseinandergesetzt und kurz, aber prägnant für euch analysiert:

Arbeitsmarkt

Die kommende Bundesregierung verspricht ein Recht auf befristete Teilzeit und ein Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit. Dieser Anspruch gilt allerdings nur für Unternehmen mit mehr als 45 Mitarbeitern. Betriebe unter dieser Marke bleiben von dieser Regelung unberührt, sodass nur wenig Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern in den Genuss dieses Rückkehrrechts kommen. Laut dem Mittelstandsbericht M-V führen 78,6 % der Betriebe im Land lediglich einen bis neun Beschäftigte. 17,4 % der Betriebe beschäftigen zehn bis 49 Arbeitnehmer. Nur 3,6 % der Betriebe umfassen 50 bis 249 Beschäftigte.

Sicherheit

Bereits im Landtagswahlkampf 2016 formulierte die CDU die Forderung nach 555 neuen Stellen bei der Polizei. SPD und CDU konnten sich allerdings nur auf 150 zusätzliche Stellen einigen. Im nun abgeschlossenen Koalitionsvertrag sollen nun 7.500 zusätzliche Polizisten in den Ländern dazukommen. Mecklenburg-Vorpommern geht allerdings leer aus. Die bereits beschlosse-

nen 150 Stellen werden angerechnet.

Gesundheit und Pflege

Um es vorweg zu nehmen: Zwei Bestandteile des Entwurfs der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD gehen im Bereich „Gesundheit und Pflege“ denn doch in eine richtige Richtung. Zum einen sollen ab 2019 lohnabhängig Beschäftigte und Unternehmen wieder zu gleichen Teilen, also paritätisch, in die Gesetzliche Krankenversicherung einzahlen. Zum anderen wird die Mindestkrankenversicherung für Selbständige auf 1.150 € abgesenkt und somit nahezu halbiert. Beides ist gut.

Und sonst so? Nichts Neues unter der Sonne! Christ- und Sozialdemokraten gefallen sich am Schrauben kleiner Rädchen. Die Wartezeiten auf psychotherapeutische Behandlung sollen verkürzt und Kurzzeittherapien vermehrt angeboten werden. Wie das geschehen soll, bleibt ein wohlgehütetes Geheimnis. Terminservicestellen sollen dafür sorgen, dass man schneller einen Arzttermin bekommt. Die gibt es aber schon. In MV gab es im vergangenen Jahr knapp 2.000 Inanspruchnahmen einer derartigen Termin-

vermittlung. Wie auch immer, die Große Koalition verkauft ihre Ideen eben gerne zweimal. Ähnlich verhält es sich mit der elektronischen Gesundheitskarte. Die soll nun für alle Patientinnen und Patienten in dieser Legislaturperiode kommen. Wieder einmal. Nun aber wirklich! Versprochen? Mal sehen eben.

Versprochen wird auch, dass die Krankenhäuser mehr Geld für Umstrukturierungen, neue Technologien und Digitalisierung bekommen sollen. Weiterhin 1 Milliarde mehr pro Jahr. Nur mal zum Vergleich: 1 Milliarde mehr sind etwa 20 Millionen Euro für MV. Unser aktueller Investitionsbedarf im Land liegt aber bei 162 Millionen Euro. Und wer meint, die Bundesregierung macht hierfür das Portemonnaie auf, liegt schon mal falsch. Das Geld soll aus dem Gesundheitsfonds, also von

den Versicherten und Steuerzahlern sowie den Haushalten der Länder beigesteuert werden. Wir meinen, dass die Wiedereinführung der Vermögenssteuer die Länder in die Lage versetzen würde, ihren Investitionsverpflichtungen nachzukommen. Vorausgesetzt, es gibt den politischen Willen hierfür. Der aber fehlt der GroKo auch an dieser Stelle.

Menschenwürde statt Profite!

Für mehr Personal in der Pflege



Wirklich interessant ist, was CDU/CSU und SPD nicht in den Koalitionsvertrag aufnehmen wollen. Zur Begrenzung der Milliardenprofite von Pharmaindustrie und Krankenhauskonzernen kein Wort. Weiterhin können Pharma-Unternehmen für bestimmte Arzneimittel Phantasiepreise aufrufen. Weiterhin können Krankenträger, wie auch hierzulande, ihren Aktionären Kapitalrenditen von 12-16 Prozent anbieten. Wo gibt es das in dieser Höhe sonst noch? Auch will die GroKo nichts daran ändern, dass, wer krank ist, tief in die Tasche greifen muss. Unverändert sollen auf Zahnersatz, Brillen und Arznei Zuzahlungen erhoben werden. Und wenn CDU/CSU und SPD über Probleme in der Pflege klagen, vergießen sie allenfalls ein paar Krokodilstränen. Was gebraucht wird, sind personelle Mindeststandards in allen Bereichen von Gesundheit und Pflege. Aber auch hier schlägt man sich in die Büsche.

Von dieser GroKo ist kein Fortschritt zu erwarten. Auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege fällt sie hinter die Zeit. Angesagt und Gebot der Stunde ist eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Mit der LINKEN ist eine solche machbar!

Europa-, Außen- und Friedenspolitik

Im Koalitionsvertrag heißt es blumig und unverbindlich: „Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben prioritäre Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf unserem Kontinent vermeiden. Deutschland wird deshalb neue Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung ergreifen. Wir setzen uns entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein.“

Die jüngsten Auseinandersetzungen um kanonenbewehrte Patrouillenboote aus der Wolgaster Peene-Werft machen deutlich: die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD werden weder im Land Mecklenburg-Vorpommern (hier: SPD/CDU) noch von Berlin aus das Problem der strukturellen Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Rüstungsexporten bis 2021 konsequent anpacken. Deutschland wird auch unter der neuen alten GroKo der weltweit drittgrößte Waffenexporteur bleiben, entgegen aller Beteuerungen insbesondere aus den Reihen der Sozialdemokratie. – Nach kleiner Anfrage der LINKEN Bundestagsfraktion (Stefan Liebich) im letzten Jahr, wurden Rüstungsexporte in Höhe von über 1,2 Milliarden Euro genehmigt. Deutsche Waffen töten weltweit: im türkisch-kurdischen Grenzgebiet in Syrien, im Jemen, auf der arabischen Halbinsel, in Afrika – dort vor allem beim Aufbau von staatlichen Einschüchterungs- und Drohkulissen wider die Opposition in autokratischen Regimen wie Ägypten, Al-

gerien, aber dito in Saudi-Arabien. – Der eingängige Satz von Paul Celan, wonach „der Tod ein Meister aus Deutschland ist“, bleibt mit Blick auf den soliden Output der deutschen Rüstungsindustrie aktuell. Für die etwa 2.000 Arbeiter*innen und Angestellten der Rüstungsgüter produzierenden Unternehmen beziehungsweise der im Bereich der Dienstleister/Zulieferer in der Rüstungsindustrie tätigen Anbieter (u.a. der im Verband Wehrtechnik

Die Saudis können durchatmen. Dank Manuela Schwesig gibts doch noch die versprochenen Kriegsschiffe. DIE LINKE.

www.die-linke-mv.de

Mecklenburg-Vorpommern e. V. organisierten Firmen) entlang der ostdeutschen Ostseeküste bedeutet dies, dass von den Großkoalitionären – ob in Schwerin oder in Berlin – weiterhin fantasie- und konzeptlos darauf hingewiesen wird, dass Rüstung nun einmal Arbeitsplätze sichern würde. DIE LINKE fordert hier als einzige Partei im Schweriner Landtag glaubwürdig neue Impulse für die Förderung nachhaltiger ziviler Produktionsalternativen, die vor allem auch die Mitarbeitenden in der heimischen Wertindustrie betreffen. Frieden schafft Arbeitsplätze und ökonomische Planungssicherheit – weltweit, aber vor allem auch in Mecklenburg-Vorpommern!

Neben dem landespolitischen Bezug auf den wohlfeilen Text der Koalitionsverein-

barung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sollte die Dimension der großpolitisch erneuten Konfrontation zwischen den USA und der NATO einerseits und Russland andererseits nicht unerwähnt bleiben. Das ausgebliebene Eintreten für nukleare Abrüstung (z. B. der Abzug der in Büchel / Rheinland-Pfalz gelagerten Atombomben, das bereits 2009 von der CDU/CSU/FDP-Koalition verkündet worden war und die jetzt noch sogar modernisiert werden sollen) sowie die Gegnerschaft der BRD und NATO zum von 122 UN-Mitgliedsstaaten vom 7. Juli 2017 unterzeichneten Kernwaffenverbotsabkommen zeigen die die politische Heuchelei der GroKo. Die Vorwärtstationierung der Bundeswehr und NATO in unmittelbarer grenznähe zu Russland im Baltikum ist klarer Beleg für den bereits jetzt wieder entfachten Kalten-Krieg, an dem Deutschland eine aktive und schwerwiegende Mitschuld trägt.

Migrations-/Asylpolitik

Im Bereich der Migrations- und Asylpolitik ist der Koalitionsvertrag eine einzige Enttäuschung. Die Anzahl der Geflüchteten soll auf 180 000 bis 220 000 pro Jahr plus Härtefälle und der Familiennachzug auf 1000 Personen begrenzt werden. Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet dies, dass Kinder von ihren Eltern weiterhin getrennt bleiben, Integration massiv verhindert wird und der Schutz der Familie nur für „deutsche“ zu gelten scheint.

In sogenannten „zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (AnKER)“ sollen künftig Ankunft, Entscheidung, Verteilung in die Kommunen und Rückführung stattfinden. Für Mecklenburg-Vorpommern hat dies zur Folge, dass Menschen in die gemeinsam mit Schleswig Holstein und Hamburg geplante Abschiebhaftereinrichtung Glückstadt im Kreis Steinburg abgeschoben werden sollen. Dies wird zu Isolierung und Stigmatisierung der Menschen führen und den Rechtspopulismus weiter befeuern.

Das Thema Gender findet im Koalitionsvertrag gar nicht statt. Weder sprachlich noch in Initiativen oder konkreten Maßnahmen gegen Homophobie oder Transfeindlichkeit.

Genderpolitik

Gab es zum Ende der letzten Legislatur endlich die Ehe für alle, scheint das Thema für die Regierenden nun abgehakt. Kinder, die in sogenannten Regenbogenfamilien geboren werden, müssen weiterhin durch das diskriminierende Verfahren der Stiefkindadoption adoptiert werden. Es braucht eine dringende Reform der Personenstands- und Familienrechts, damit gleichgeschlechtliche Paare tatsächlich in allen Punkten gleich gestellt sind.



Welttag der sozialen Gerechtigkeit

Vom 19. bis 23. Februar führte die Landtagsfraktion die Aktionswoche gegen soziale Kälte durch. Auch im Landkreis Rostock war das Wahlkreisteam mit unserer Landtagsabgeordneten Karen Larisch unterwegs.

Am Montag startete die Aktionswoche mit einer zentralen Veranstaltung in Parchim, bei der unter anderem die Großfläche „Rechtes Leben für Emma und Ben. Für alle.“ veröffentlicht wurde. Emma und Ben – das sind die beiden häufigsten Namen, die Eltern im vergangenen Jahr ihren Kindern gegeben haben.

Am Dienstag ging es auch im Landkreis los. Der 20. Februar ist der Welttag für soziale Gerechtigkeit und passend zum Thema führten wir in Güstrow eine Sozialberatung in der Villa Kunterbündnis durch. Wieder einmal wurde deutlich, wie unterschiedlich Probleme liegen können. Angefangen vom korrekten Ausfüllen vermeintlich einfacher Formulare für das Jobcenter bis hin zu kaum entwirrbaren Berechnungen für die Bewilligung von Unterstützungsgeldern – um nur einen Ausschnitt der Schwierigkeiten zu nennen – mussten wir so manche Schwierigkeit lösen. Der Tag hat gezeigt, dass Sozialberatungen nach wie vor dringend notwendig sind.

Am Mittwoch waren wir in Teterow unterwegs. Mehrere hundert Tüten mit Give-

ways und natürlich den aktuellen Informationen der Landtagsfraktion verteilten wir in der Stadt. „Entschuldigen Sie, kann ich auch so eine Tüte haben? Meine Tochter heißt Emma“, rief uns ein junger Mann hinterher, der zufällig den Aufdruck auf unseren Tüten gesehen hatte. Natürlich bekam er eine Tüte.

Auch am Donnerstag waren wir unterwegs: In Bützow verteilten wir während unseres Stadtspazierganges ebenfalls Tüten an die Menschen vor Ort. Trotz Kälte und zeitweisen Regens trafen wir viele Menschen an und konnten einige gute Gespräche auf der Straße führen. Nachmittags verteilten wir die letzten Tüten in Güstrow. Auch hier wurden unsere Tüten gerne genommen. Die Wärmekissen mit der Aufschrift „Gegen soziale Kälte – Fraktion DIE LINKE im Landtag von M-V“, die wir mit den Tüten verteilten, erfreuten sich besonders großer Beliebtheit.

Am Freitag verteilten wir mehrere hundert Ankündigungsflyer für die Sozialsprechstunde in Schwaan. Nicht nur an einzelnen Aktionswochen sind wir unterwegs für mehr soziale Gerechtigkeit, sondern das ganze Jahr setzen wir uns für die Menschen ein.

Nico Burmeister



Aus dem Bundestag

Ostdeutschland im Abseits

Von Gesine Löttsch, haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion und direkt gewählt im Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Der Bundestag hatte 1992 beschlossen, dass eine „annähernd ausgewogene Verteilung von Bundeseinrichtungen und -institutionen über alle Länder erreicht (werden soll).“ Die Bundesregierungen konnten diesen Beschluss eigentlich nie vergessen, da wir sie seit 26 Jahren daran erinnern. Trotzdem wird Ostdeutschland von CDU/CSU und SPD systematisch benachteiligt – auch, wenn es um die Ansiedlung von Bundesbehörden und außeruniversitären Forschungseinrichtungen geht.

Ostdeutschland geht wieder fast leer aus

In den Jahren 2014 bis 2017 wurden 23 neue Bundeseinrichtungen und vom Bund finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen neu eingerichtet. Davon wurden nur drei in Ostdeutschland, 10 in Westdeutschland (fast nur in Nordrhein-Westfalen, Bayern, und Baden-Württem-

berg) und 10 in Berlin-Mitte geschaffen. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Bayern wurde das Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung eingerichtet. Ich frage mich, warum man ein solches Institut in Regensburg und nicht an der deutsch-polnischen Grenze, z.B. in Cottbus ansiedeln kann. Sicherlich kann jeder Wissenschaftler begründen, dass sein Institut aus wissenschaftsinternen Gründen in der Nähe seines Einfamilienhauses stehen muss. Es gibt sehr gute politische Gründe und klare Beschlüsse, die für eine Ansiedlung des Instituts in Ostdeutschland sprechen. Die einzige neue Bundeseinrichtung in Ostdeutschland ist die Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste (in Magdeburg), die allerdings von zwei westdeutschen Vorständen

geleitet wird.

Trotz guter Struktur und Kompetenz im Osten: West-Lobby bleibt am Drücker

Als Gründe für die jeweilige Ansiedlung nennt die Bundesregierung die Übernahme bestehender Strukturen und die Anbindung an lokale Wirtschaft und Gesellschaft. Bekanntlich bestehen in Ostdeutschland, wie z.B. in Leipzig, Dresden und Jena, Wissenschafts- und Wirtschaftsstrukturen, die sehr wohl neue Institutionen integrieren könnten. Hinter vorgehaltener Hand wird auch gern das Argument bemüht, dass man den Bundesbeamten nicht zumuten könne,

nach Ostdeutschland zu ziehen. Dieses Argument hatte ich gleich nach dem Umzugsbeschluss „Bonn-Berlin“ immer wieder gehört. Trotzdem mussten – teilweise



unter lautstarken Protesten – Bundesbehörden nach Ostdeutschland wechseln. Warum soll das heute nicht mehr gehen?

Auch in der Bundesregierung: Ostdeutschland hat keine Lobby

Die Bundesregierung versucht mit faulen Ausreden, vom eigentlichen Problem abzulenken: Ostdeutschland hat in der amtierenden Bundesregierung keine Lobby. Auch den ostdeutschen Bundestagsabgeordneten und Ministerpräsidenten fehlt die Durchsetzungsfähigkeit, wenn es um solche wichtigen Strukturentscheidungen geht. Wenn schon in den vergangenen 28 Jahren kein einziges DAX-Unternehmen in den Osten gezogen ist, dann ist es die Aufgabe der Bundesregierungen, einen gewissen strukturellen Ausgleich zu schaffen. Dieser Ausgleich – obwohl per Beschluss des Bundestages gefordert – ist nie erfolgt.

Einheit vollenden: bei Lebensbedingungen ebenso wie in der Regierung

Als die Berlin-Umzugsbeauftragte der Bundesregierung, Barbara Hendricks (SPD), 2016 einen Komplettumzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin ins Gespräch brachte, da schöpfte ich Hoffnung auf eine gerechtere Verteilung von Behörden in unserem Land. Doch zu meiner Enttäuschung steht im Entwurf des Koalitionsvertrags: „Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum. Der Bund wird mit der Region Bonn sowie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung („Bonn-Vertrag“) schließen.“ Das heißt, die Steuerzahler werden für die Teilung der Bundesregierung für Kosten für Dienstreisen etc. aufkommen und weiterhin jedes Jahr fast 10 Millionen Euro zahlen müssen. Für das Geld könnten wir ohne Schwierigkeiten eine solide Forschungseinrichtung in Ostdeutschland finanzieren. Das wäre wenigstens eine Investition in die Zukunft.

Ersatzfreiheitsstrafen kosten etwa 200 Millionen Euro im Jahr

Von Niema Movassat, verfassungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Wer zu einer Geldstrafe verurteilt wird und diese nicht zahlen kann, muss eine Ersatzfreiheitsstrafe im Gefängnis absitzen. Insbesondere arme Menschen sind davon betroffen. Die Ersatzfreiheitsstrafe wird meistens im Bereich der Bagatelldelikt-

ten verhängt. Das heißt, geht meistens um Menschen die „schwarzfahren“ oder Laddendiebstähle begangen haben.

Aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung von mir geht hervor, dass sich zum Stichtag 31.08.2017 insgesamt 10.245 Menschen eine Haftstrafe unter sechs Monaten absaßen. Davon waren 4700 Menschen wegen einer Ersatzfreiheitsstrafe im Gefängnis. Dabei kostet, so die Antwort der Bundesregierung weiter, ein Hafttag circa 130 Euro pro Gefangenen. Rechnet man dies auf das Jahr 2017 hoch, werden rund 200 Millionen Euro für die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen ausgegeben.

Ins soziale Abseits gedrängt

Dies ist ein problematischer Punkt. Denn der Bundesgerichtshof urteilte, dass kurze Freiheitsstrafen sehr schädlich für die Betroffenen sind (BGH 22, 199). Laut Gericht haben sie keine resozialisierende Wirkung, vielmehr werden die Betroffenen wegen ihrer Hafterfahrung ins soziale Abseits gedrängt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Betroffene nach der kurzen Haftzeit erst recht kriminell werden, ist laut Rechtswissenschaft gesteigert.

Die Vollstreckung der kurzen Freiheits-

lediglich mit 130.000 Euro Projekte, die gemeinnützige Arbeit statt Freiheitsstrafe anbieten.

Bundesregierung widerspricht eigenen Zielsetzungen

Diese Relation – 200.000.000 Euro im Jahr für Ersatzfreiheitsstrafen auszugeben, aber nur 130.000 Euro in Projekte der gemeinnützigen Arbeit zu stecken – ist beschämend. Insbesondere widerspricht die Bundesregierung damit ihren eigenen Zielsetzungen, Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden. Kurze Freiheitsstrafen, wie sie bei der Ersatzfreiheitsstrafe der Normalfall sind, sind abzulehnen.

Leerstelle Kommunales im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

Von Kerstin Kassner, Sprecherin für Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Wer sich vom Koalitionsvertrag von Union und SPD konkrete Vorschläge zur strukturellen Verbesserung der Situation der Kommunen erhofft hat, sieht sich enttäuscht. Im vorliegenden Werk finden sich vor allem vage Bekenntnisse und Gemeinplätze.

Im Laufe der vergangenen Legislatur hat sich die Einstellung der Großen Koalition zum Thema Kommunen verändert. Die Erzählung von einer weitgehend problemfreien und heilen Welt konnte nicht durchgehalten werden. Inzwischen hat sich – auch angestoßen durch das kommunale Bündnis „Für die Würde unserer Städte“ – ein Problembewusstsein etabliert. Das spiegeln auch die kommunal-

relevanten Passagen im Koalitionsvertrag wieder.

Ohne konkrete Handlungsvorgaben

So bekennen sich die Koalitionäre dazu, ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen, Städte, Gemeinden und Kreise schaffen zu wollen, um wachsenden Ungleichheiten entgegenzuwirken und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Dieses Bekenntnis impliziert immerhin, dass derzeit keine gleichwertigen Lebensverhältnisse existieren. Damit macht sich die künftige Bundesregierung eine Analyse der LINKEN zur Lage der Kommunen zu eigen. Auswirkungen des demografischen Wandels in ländlichen Räumen soll entgegengewirkt und Armutszuwanderung insbesondere aus dem östlichen Europa in die Kommunen verhindert werden. *Fortsetzung auf S. 8*

Ist das soziale Gerechtigkeit?

Die 62 reichsten Menschen der Welt besitzen genauso viel, wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Grund ist die unzureichende Besteuerung von Kapitalgewinnen und großen Vermögen und die Verschiebung von Gewinnen in Steueroasen.

Wir wollen eine Umverteilung von oben nach unten. Millionärssteuer jetzt!

DIE LINKE.

Quelle: Oxfam „An Economy for the 1%“ 18.01.2016

strafen gefährden die soziale Bindung der Betroffenen und reißen sie aus der Familie und dem Berufsleben heraus – ohne den kleinsten positiven Effekt für die Gesellschaft oder für den Betroffenen. Die Bundesregierung hält, trotz massiver Kritik aus der Praxis und Wissenschaft, weiter an der schädlichen Ersatzfreiheitsstrafe fest. Denn für sie erscheint die Ersatzfreiheitsstrafe als ein „unerlässliches Mittel“ zur Beitreibung von Geldstrafen. Gleichzeitig verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage darauf, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Alternativen zu Ersatzfreiheitsstrafen prüfe. Offenbar fühlt man sich doch unwohl mit der Ersatzfreiheitsstrafe. Wenn man sich jedoch die Zahlen genauer anschaut, ist eine wirkliche Suche nach Alternativen nicht festzustellen. Denn die Bundesregierung, so weiter in der Antwort, unterstützt

Aus dem Bundestag

Fortsetzung von S. 7

Eine der wichtigsten Festlegungen ist die Einsetzung einer Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ gemeinsam mit Vertretern der Länder und der kommunalen Spitzenverbände, die sich mit Aspekten der Daseinsvorsorge sowie Maßnahmen im Sinne der „Hilfe zur Selbsthilfe“ in Bezug auf die Altschuldenproblematik, Kassenkredite und Schulden kommunaler Wohnungsbauunternehmen befassen soll. Bisherige Programme zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Bereichen wie Integration und Städtebau sollen fortgeführt werden. Um eine größere Zahl an Kommunen als bisher bei Schulsanierungsprogrammen unterstützen zu können, soll das Grundgesetz geändert werden. In Artikel 104 c soll das Wort „finanzschwach“ vor Gemeinden gestrichen werden. Erwähnenswert ist zudem, dass der Erstzugriff der Kommunen auf Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erweitert werden soll. Neben einigen weiteren Maßnahmen in Bereichen wie Digitalisierung und öffentlicher Personennahverkehr findet sich im Vertrag auch das allgemeine Bekenntnis zum Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“. Wer also eine Leistung veranlasst, muss auch für ihre Finanzierung aufkommen. Gerade das war in der Vergangenheit so eben nicht der Fall.

Der Koalitionsvertrag enthält damit zwar kommunalrelevante Themen, aber zu den drängenden Fragen – Altschulden, Kassenkredite, steigende Sozialausgaben – fehlen vollständig konkrete Handlungsvorhaben. Das Problem hoher Altschulden wird zwar benannt, aber lediglich eine Kommission einzusetzen, reicht natürlich nicht aus. Die Aufsetzung eines Altschuldenfonds wäre dringend nötig. Auch die hohen – und in den vergangenen Jahren beständig weiter gestiegenen Kassenkredite – werden ausgeklammert. Die Sozialausgaben der Kommunen liegen derzeit bei 62 Milliarden Euro und steigen um etwa zwei Milliarden Euro jährlich. Wie damit umgegangen werden soll, bleibt offen. Um die Kommunalpolitik stärker ins Bewusstsein der Bundespolitik zu rücken, hat die Linksfraktion in der vergangenen Legislatur die Einsetzung eines Kommunalausschusses gefordert. Die SPD hat das zwar seinerzeit abgelehnt, aber später mehrfach verbal befürwortet. Auch

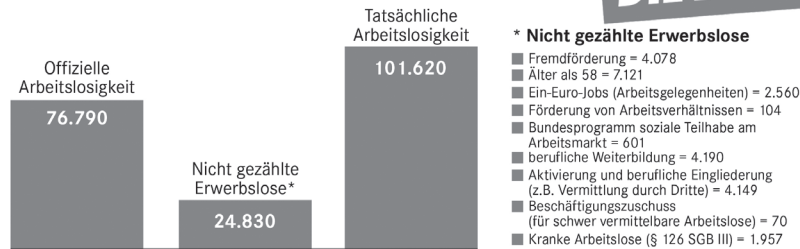
dazu findet sich in der Vereinbarung der drei Parteien nichts.

Quälend langsamer Erkenntnisprozess
Zum Thema Kommunales enthält der Koalitionsvertrag also vor allem neben kleineren Maßnahmen vage Bekenntnisse zu ohnehin verfassungsmäßigen Grundsätzen

tengruppe die Finanzierung der Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Steuergeldern. Dazu erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Diese Kumpanei mit der Autoindustrie macht mich fassungslos. Das ist Lobbyismus pur, der an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten ist. Eine Diesel-Nachrüstung auf Staatskosten und damit auf Kosten der Steuerzahler kommt nicht in Frage. Den Betrügern in den Chefetagen der Autokonzerne noch Steuergelder hinterher zu werfen, statt sie rechtlich zur Verantwortung zu ziehen – das geht gar nicht. Wer über Jahre Millionen Bürger betrügt, der hat in diesem Land offensichtlich nichts zu befürchten, sondern kann mit Nachsicht und zusätzlichen

Tatsächliche Arbeitslosigkeit in M-V für Januar 2018



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitslosigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende. Mecklenburg-Vorpommern, Januar 2018, Seite 9.

www.die-linke-mv.de

Katja Kipping zur GroKo:

»Die eigenen Jobs als Minister hat sie gut verhandelt, aber wenn es um die unsicheren Jobs von Millionen in diesem Land geht, da hat sie nicht geliefert.«

www.die-linke-mv.de

wie der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der kommunalen Selbstverwaltung. Die Lösung der drängenden strukturellen kommunalen Finanzprobleme – etwa durch die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer originären Kommunalsteuer – findet nicht statt. Die Koalition befindet sich noch in der Phase der Problemfeststellung. Die große Finanznot und der Investitionsstau vieler Kommunen – laut KfW mittlerweile bei 126 Milliarden Euro – lassen diesen quälend langsamen Erkenntnisprozess der Koalitionäre nicht zu.

Autoindustrie muss für Diesel-Nachrüstung und Nulltarif im ÖPNV zahlen

Laut Medienberichten empfiehlt eine von der Bundesregierung eingesetzte Exper-

Finanzspritzen rechnen. Wer sich hingegen zu oft ohne Fahrschein in Bus oder Bahn setzt, landet in der Regel im Knast: Rund 5000 Schwarzfahrer sitzen hinter Gittern. Das Verursacher-Prinzip muss auch für die Autokonzerne gelten: Sie und niemand anders müssen für die Kosten aufkommen, um ihre Fahrzeuge rechtskonform nachzurüsten. DIE LINKE fordert schon lange einen kostenfreien Nahverkehr und begrüßt die aktuelle Diskussion darüber. Wer die damit verbundenen Kosten tragen muss, das dürfte auf der Hand liegen: die Verursacher der Gesundheitsgefährdung und nicht die Opfer. Keinen Euro Steuergeld für die Betrüger-Konzerne.

Der Nulltarif bei Bus und Bahn hätte noch weitere Vorteile: Die Gefängnisse werden von Schwarzfahrern entlastet und hätten mehr Platz für Täter aus der organisierten Kriminalität, die massenhaften, systematischen und bandenmäßig organisierten Betrug mit dramatischen gesundheitlichen und finanziellen Schäden für Millionen Menschen begangen haben.

Susanne Ferschl: Sachgrundlose Befristungen abschaffen statt nur beschränken!

Bundestagsrede von Susanne Ferschl, 22. Februar 2018

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher auf den Tribünen! Die Fraktion Die Linke hat das Thema der sachgrundlosen Befristung in der Vergangenheit schon mehrmals auf die Ta-

gesondung gesetzt. Warum? Die Antwort ist ganz einfach: Weil Sie das Problem bislang nicht gelöst haben – im Übrigen auch nicht im Koalitionsvertrag. Unser Maßstab ist nicht, ob Ihnen unsere Anträge gefallen, sondern ob sich für die Mehrheit der Beschäftigten im Land endlich etwas verbessert.

Die Zahlen sind bekannt. Die Zahl der Befristungen hat sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht. Jede zweite Neueinstellung erfolgt befristet. Diese Zahlen sind konstant geblieben – trotz der wirtschaftlichen Lage, die ständig so bejubelt wird. Wenn man sich die sachgrundlosen Befristungen anschaut, stellt man fest: Das ist knapp die Hälfte der Befristungen. Das Problem ist: Das sind nicht nur Zahlen, sondern hinter diesen Zahlen verbergen sich Lebensgeschichten. Ich bin seit über 20 Jahren Betriebsrätin, und ich habe viele dieser Geschichten kennengelernt: Menschen, die einem gegenüber sitzen und nicht wissen, ob sie am Ende des Monats noch eine Arbeit haben, die nicht wissen, ob sie künftig noch ihre Miete bezahlen können, die nicht wissen, ob sie sich das Studium ihrer Kinder in Zukunft noch leisten können. Sie haben offensichtlich keine Vorstellung davon, was das für diese Menschen bedeutet; denn ansonsten hätten Sie diesen Wahnsinn schon lange beendet.

Für Unternehmer ist es natürlich toll. Sie wälzen damit das wirtschaftliche Risiko auf die Beschäftigten ab. Befristungen sind eine permanente Probezeit, und für die Betroffenen bedeutet das: ein Leben im Wartestand, ständig zwischen Hoffnung und Angst. Durch den Druck und die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, sind die Kolleginnen und Kollegen letztlich bereit, schlechtere Arbeitsbedingungen und schlechtere Löhne zu akzeptieren. Der Anteil der Niedriglöhne ist bei den Befristeten dreimal so hoch wie bei den Unbefristeten. Das darf nicht so weitergehen.

Nun zum Koalitionsvertrag. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wollten für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung kämpfen. Davon ist wenig übrig geblieben. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, haben auf Teufel komm raus blockiert. Jetzt geht es im Ergebnis nur noch um die Einschränkung der sachgrundlosen Befristung. Das ist viel zu wenig. Ihr Gesetz wird für die Mehrheit der Menschen in diesem Land überhaupt nichts ändern. Die Mehrheit arbeitet nämlich in Betrieben mit weniger als 75 Mitarbeitern,

und da soll alles beim Alten bleiben. Das sind 96 Prozent der Betriebe. Da, wo das Gesetz greifen soll, in den größeren Betrieben, beschränken Sie es noch mal: Da dürfen weiterhin 2,5 Prozent der Verträge befristet werden. Sie schaffen damit einen Flickenteppich aus unterschiedlichen

Regelungen in ein und demselben Betrieb statt einer klaren und einheitlichen Regelung. Damit spalten Sie Belegschaften von neuem.

Ich frage mich: Warum beschränken, warum nicht abschaffen? Kommen Sie jetzt bitte nicht wieder mit dem Argument der Flexibilität! Die Menschen haben die Nase voll davon. Sie brauchen endlich mehr soziale Sicherheit.

In der Öffentlichkeit gibt es längst eine Mehrheit für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, und es müsste sich eigentlich auch hier eine finden lassen. Wir Linke fordern das seit unserer Gründung. Die SPD ist eigentlich dafür, der Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU auch. Wir hätten heute hier die Chance, endlich eine Entscheidung im Sinne der Menschen zu treffen. Deswegen: Schaffen wir die sachgrundlose Befristung endgültig ab! Stimmen Sie unserem Antrag zu! Vielen Dank.

Wohnungslosigkeit in Deutschland – eine Schande nicht nur im Winter

Meist bedarf es der sinkenden Temperaturen und anschwellender Weihnachtsvorfreude, dass sich die Gesellschaft jener erinnert, denen eines der elementaren Menschenrechte verwehrt ist: Das Leben in einer eigenen Wohnung. Dabei ist die winterliche Kälte nur ein Aspekt im Leben der wohnungslosen Menschen, einer, den Staat und Zivilgesellschaft meist notdürftig zu lindern vermögen. Mit Nachtcafés, Übergangswohnheimen und Wärmestuben.

Was jedoch nicht auf den Winter beschränkt ist, sondern das ganze Jahr wirkt, ist das Fehlen eines privaten Rückzugsraumes, eines Ortes der Geborgenheit und Sicherheit. Wer vermag es sich schon vorzustellen, ohne persönliche Erinnerungsstücke, ohne abschließbare Tür, in beständiger Angst, verjagt, beschimpft, bedroht, angegriffen oder bestohlen zu werden zu leben. Nicht zuletzt ist die steigende Zahl der Wohnungslosen in Deutschland die Folge einer verfehlten Wohnungs- und Sozialpolitik: 860.000 Menschen in Deutschland sind gegenwärtig ohne Wohnung. Die Zahl aller Wohnungslosen stieg in Deutschland gegenüber 2014 um 150 Prozent, ohne wohnungslose Geflüchtete gerechnet um 26 Prozent. Ca. 52.000 Menschen leben laut Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe ohne jede Unterkunft auf der Straße. Befürchtet wird von der

Bundesarbeitsgemeinschaft der Anzahl aller Wohnungslosen auf über 1,2 Millionen bis 2018.

Zuwanderung nicht Ursache von Wohnungsnot

Die Zuwanderung verschärft die Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Deutschland, ist aber nicht deren wesentliche Ursache. Die ist in einer verfehlten Wohnungs- und Sozialpolitik der letzten Regierungen zu suchen. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper, der Bestand von Sozialwohnungen schrumpft, Kommunen, Bundesländer und der Bund verkaufen eigene Wohnungsbestände an private Investoren, Sozialleistungsbeziehende werden aus ihren Wohnungen vertrieben, weil sie Miete vom Armuts-Hartz-IV nicht mehr zahlen können.

Sofortiges Handeln tut Not

Es braucht daher eine radikale Kehrtwende in der Wohnungs- und Sozialpolitik: Wir wollen einen Neustart im sozialen Wohnungsbau. Eine neue soziale und nachhaltige Wohnungspolitik soll die Miete bezahlbar machen, Gewinne deckeln und in bezahlbare Wohnungen investieren. Niemand soll mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben müssen. Außerdem muss das Wohngeldsystem reformiert werden, Hartz IV durch eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung in Höhe von derzeit 1050 Euro plus im Bedarfsfall Wohngeld ersetzt werden.

Ohne sofortige, entsprechende Initiativen ist zu befürchten, dass Realität wird, was der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Thomas Specht, befürchtet: Die Zahl der Wohnungslosen könnte im Jahre 2018 bis auf 1,2 Millionen Menschen ansteigen.

Quelle: Katja Kipping, <http://sammelblog.lise-dd.de/>



Buchbesprechung: Lenin neu entdecken

Zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution veröffentlichte Prof. Michael Brie, Mitglieds des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ein schmales Bändchen, in dem er Lenin als strategischen sozialistischen Denker neu entdecken will. Eine schwierige, aber faszinierende Analyse.

Auf 150 Seiten wird man schwerlich eine interessante Gesamtdarstellung Leninschen Denkens unterbringen, aber das will der Autor auch gar nicht. Er konzentriert sich auf vier Fragen: Erstens: Wie schuf Lenin im Exil die Basis für den erfolgreichen Aufstand von 1917? Zweitens: Warum beharrte Lenin 1917 auf dem bewaffneten Aufstand und warum ließ er die frei gewählte verfassungsgebende Versammlung auflösen? Drittens: Wie stellte sich Lenin den auftretenden inneren Widersprüchen des Sowjetsystems? Viertens: Welche Hypothek stellte der Leninismus für die Entwicklung des Sozialismus nach 1924 dar?

Das Buch von Michael Brie beginnt im Jahr 1914. Lenin ist in der Schweiz vom Weltgeschehen und von der organisierten Arbeiterbewegung weitgehend isoliert. Er nutzt jedoch die Zeit, um eine strategische Erzählung zu erarbeiten, die ihm als Fundament dient, auch gegen Bedenken aus den eigenen Reihen den bewaffneten Umsturz anzustreben, da nur Aufstand und Bürgerkrieg zu einer erfolgreichen sozialistischen Revolution führen können. Sein bedingungsloses Nein gegen den Krieg zog eine Trennlinie zur Sozialdemokratie, schuf eine Erzählung vom Verrat der opportunistischen und reformistischen Führer der europäischen sozialdemokratischen Parteien. Brie spricht von „Todfeindschaft“, und dieser Begriff macht deutlich, wie schwer das Trauma des Bruchs in der Arbeiterbewegung wiegen sollte und lange Zeit eine Versöhnung unmöglich war. Statt einer bürgerlich-demokratischen Revolution setzte der imperialistische Weltkrieg die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung. Lenins Analyse des Imperialismus identifizierte zahlreiche Bruchstellen im herrschenden System; es galt, den unvermeidlichen Konflikten an diesen Bruchstellen eine sozialistische Richtung zu geben. Darauf aufbauend trat Lenin 1917 mit den entschiedenen Forderungen nach sofortigem Frieden, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Aufteilung des Bodens etc. hervor. Anders als die meisten sozialistischen Zeitgenossen meinte Lenin es todernt und

setzte dabei bewusst auf den Bürgerkrieg zur Durchsetzung seiner Politik. Machtgewinn durch demokratische Abstimmungen erschien ihm unmöglich angesichts der Bedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft.

Die „Diktatur des Proletariats“ inklusive systematischer Gewaltanwendung gegen die unterworfenen bürgerliche Klasse war für Lenin eine ganze historische Periode lang die Staatsform, die sich für ihn logisch aus dem Klassenkampf ergab. Brie findet es bemerkenswert, dass laut Lenin in einer ersten Phase des Kommunismus der bürgerliche Staat mit seinen Instrumenten zur Durchsetzung des neuen Rechts noch unverzichtbar war. Ging Lenin wie selbstverständlich davon aus, dass dieser Staat dann auf direktdemokratische Weise die Interessen der Arbeiterklasse durchsetzte? Sah er nicht die Möglichkeit, dass eine besondere Gruppe die Macht usurpierte und die neue Herrschaft einer Minderheit entstand, ein Zustand, „in der die Einzelnen gezwungen werden, im Namen des Gemeinwohls vollständig auf ihre Freiheit und ihre demokratischen Rechte als Einzelne zu verzichten“ (Brie, S. 47)? Brie streicht

auch heraus, dass Lenins Bestimmtheit („Zögern wäre ein Verbrechen“) einerseits unerlässlich für den Erfolg seiner Strategie war, sie aber andererseits ein Abweichen von dieser als richtig empfundenen Haltung nicht duldete und somit einen gemeinsamen demokratischen Suchprozess erschwerte. Eine folgenschwere Hypothek!

Lenins Strategie der Extreme und des Bürgerkriegs gab den Bolschewiki die Macht. Aber wie gebrauchten sie diese

Macht? Bereits am Tag nach dem Sturz der Regierung sprach Lenin von der „Oktoberrevolution“ und machte damit seinen Anspruch auf eine totale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse deutlich. Die Verfassungsgebende Versammlung wurde aufgelöst, kaum jemand fand sich zu ihrer Verteidigung. Damit verschwand der bürgerliche Parlamentarismus, der für Lenin ohnehin nur eine Fassade der Klassenherrschaft war, den Erfolg der Revolution in Frage gestellt hätte und dessen formalen Rechte weniger wert waren als die Interessen der Revolution. Im Rahmen der bürgerlichen Demokratie würden die Interessen der Arbeiterklasse weit weniger berücksichtigt als unter der Macht der Sowjets. Der Beweis für diese Haltung musste in den Folgejahren erbracht werden.

Lenin selbst äußerte sein Staatsverständnis in der Weise, dass der Staat eine Ma-

schine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere sei, eine Maschine, um alle unterworfenen Klassen in der Botmäßigkeit der einen Klasse zu halten. Eine Klassenherrschaft, versehen zwar mit Gewalt und Zwang, aber auch mit **Übergangscharakter** hin zu einer klassenlosen Gesellschaft. Brie verweist darauf, dass auch nach Festigung der Sowjetherrschaft dieser Übergangscharakter nicht verloren ging, dass sich auch die Arbeiterklasse nicht als Subjekt der Herrschaft formieren konnte, sondern Objekt einer Vertretung durch die Kommunistische Partei wurde, deren Herrschaft absolut und nur von den eigenen Überzeugungen abhängig ist, die keine Vertretung der Arbeiterklasse war, sondern diese selbst in ihrer fortgeschrittensten Gestalt. Lenin selbst hatte 1918 in Auseinandersetzung mit Kautsky angedeutet, dass die Diktatur des Proletariats möglicherweise auch die Aufhebung der Demokratie für das Proletariat selbst bedeuten könne. Das ist für Brie ein zentraler Punkt: Die Arbeiterklasse wurde in Sachen Verwirklichung ihrer demokratischen Rechte auf die Zeit nach dem Ende des Übergangs zum Kommunismus vertröstet; das Recht zu überprüfen, ob ihre Repräsentation durch die Partei legitim und angemessen ist, wurde ihnen nicht gewährt. Wurden anfangs „bürgerliche Freiheiten“ entzogen, damit sie nicht für den Kampf gegen die Revolution missbraucht werden konnten, wurde dieser Entzug schließlich permanent. Der Entzug wurde dadurch legitimiert, dass die Partei ja schließlich Einsicht in die historischen Gesetzmäßigkeiten habe. Brie schreibt: „Aus der Diktatur des Proletariats wird so die Diktatur einer Partei, ihrer Führung. Die Bindung der Partei selbst an die Arbeiterklasse ist nur auf der Behauptung der überlegenen Einsicht in deren Interessen gegründet.“ (S. 75) Kein Gedanke daran (bis 1989!), dass sich auf sozialistischer Basis Gruppen oder Individuen eigenständig organisieren und einen freien Gedankenaustausch treiben könnten. Das Ergebnis: Es gab zwar noch eine Arbeiterklasse, aber keine Arbeiterbewegung mehr.

Russland war 1917 nicht reif für den Sozialismus, aber reif für den Umsturz, der den Weg in den Sozialismus hätte ebnen können. Jedoch scheiterte der Übergang in die sozialistische Demokratie, wie sie in den Räten/Sowjets angelegt war. Vieles spricht dafür, dass Lenin den wachsenden und offensichtlichen Widerspruch zwischen Ideal und Praxis sah – erst recht nach dem Wegfall der Zwänge des militärischen Ausnahmezustandes. In der Wirtschaftspolitik wurden tatsächlich neue (alte) Wege beschritten. Das Herrschaftsmonopol der KP bzw. ihres ZK wurde aber



nicht angetastet, das wäre für Lenin völlig undenkbar gewesen.

Lenin schuf die Voraussetzungen für den erfolgreichen Umsturz, führte die Bolschewiki aber damit gleichzeitig in eine historische Sackgasse. Bereits unter Lenin wurde auch die innerparteiliche Demokratie beerdigt. Das schwächte nicht zuletzt jene Kräfte, die Stalin hätten verhindern können. An Lenins Verhältnis zum Terror konnten Stalins Schauprozesse in den 30ern nahtlos anknüpfen, lautet eine Theorie

von Michael Brie. In den Sozial- und Geisteswissenschaften begann eine Eiszeit, die der Partei dringend benötigtes Reflexionspotenzial raubte und sie reformunfähig machte. Das sollte sich spätestens 1989 rächen.

Warum hielt sich der Sozialismus bis 1989, und in Kuba bis heute? Wegen seiner humanistischen Vision, an die sich viele Sozialisten auch in schwierigen Zeiten klammerten und deshalb vor notwendiger Kritik zurückscheuten.

Die Tendenz in Michael Bries Werk sollte deutlich geworden sein. Die Linke müsse aus diesem Erbe ihre Lehren ziehen, lautet seine Forderung. Für Brie ist der Bruch mit dem Leninismus genauso wichtig wie der Bruch mit dem Stalinismus, wenn der Sozialismus als reale Bewegung über den Kapitalismus hinaus eine Zukunft haben soll. Demokratie und Sozialismus gehören untrennbar zusammen.

Carsten Penzlin

Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

Bis zum Stadtgeburtstag 2018 wird der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hinweisen. In dieser Ausgabe geht es um Rostocker Kunstmaler.

Bei der Trauerfeier zur Urnenbeisetzung des Rostocker Künstlers Waldemar Krämer vor einigen Tagen auf dem Neuen Friedhof erinnerten Pinsel, Farbtuben und ein großes Foto von Thomas Häntzschel an den mit 85 Jahren verstorbenen Maler. Dieses Foto ist auch in der gegenwärtigen Ausstellung „Der Rostocker Maler Waldemar Krämer und seine Schüler“ des Kunstvereins zu Rostock in der Galerie Amberg 13 zu sehen. Die Eröffnung konnte er leider nicht mehr erleben.

Waldemar Krämer gehörte zu einer ganzen Gruppe von bildenden Künstlern, die seit den fünfziger Jahren von Rostock angeworben wurden, weil in der sich dynamisch entwickelnden Stadt nicht nur Arbeitskräfte gebraucht wurden, sondern auch Kultur. 2012 war bereits sein drei Jahre jüngerer Freund und Kollege Johannes Müller gestorben, mit dem er zusammen 1958 nach Rostock kam. 1954 zogen Lothar und Mechthild Mannewitz nach Rostock. Ab 1957 hatte Karlheinz Kuhn in Rostock seinen Wohnsitz genommen, 1958 kamen auch Heinz Wodzicka und Rudolf Austen. 1960 kam auch Armin Münch. Die Auswahl ist willkürlich und unvollständig. Ich beschränke mich in diesem Artikel auch nur auf die Malerei und gehe nicht auf Architektur und Plastik ein. Die jungen Maler trafen natürlich keine künstlerische Einöde an. So sind doch einige wichtige Namen von Künstlern zu nennen, die auch schon vor dem 2. Weltkrieg in Rostock gute Bilder gemalt haben. Im Januar 1919 war die Vereinigung Rostocker Künstler gegründet worden, eine Künstlergruppe, die bis Mitte der 1930er Jahre bestand. Ihr gehörten führende Vertreter der Rostocker Moderne aus Malerei, Grafik, Bildhauerei und Architektur an. Zu den Mitbegründern gehörten Egon

Tschirch, Rudolf Bartels, Bruno Gimpel, Hans Emil Oberländer und Thuro Balzer. Weitere Mitglieder waren u.a. die Malerinnen und Maler Wolf Bergenroth, Dörte Helm, Erich F. Hübner, Gustav Kühn, Paul Martin Leonhardt, Robert (von) Neumann, Max Schenk, Rudolf Schmidt-Dethloff, Rudolf Sieger, Erich Venzmer und Hedwig Woermann.

Rudolf Bartels war schon 1943 gestorben. Nach wiederholten Verhaftungen und Verhören sowie Jahren der Zwangsarbeit



nahm sich Bruno Gimpel angesichts der drohenden Deportation in ein Vernichtungslager, der Bedrohungen gegen seine Frau, der Ausweisung aus seiner Wohnung und wegen eines sich immer mehr verschlechternden Augenleidens 1943 das Leben. Der Maler und Gebrauchsgrafiker Egon Tschirch starb am 5. Februar 1948 in einer Rostocker Klinik.

Thuro Balzer wirkte aber noch bis 1967, Kate Diehn-Bitt bis 1978, Heinrich Engel bis 1988.

Egon Tschirch gilt als einer der bedeutendsten Künstler Mecklenburgs und zählt zu den wichtigsten Malern, die in Rostock gelebt und gearbeitet haben. Als Gebrauchsgrafiker schuf er sowohl das Verlagsssi-

gnat des Hinstorff Verlages als auch das Emblem für die Rostocker Brauerei Mahn & Ohlerich. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1921–1922 bekam er Aufträge der mecklenburgischen Städte für die Gestaltung von Notgeld, als einer von fünf Künstlern entwarf er das sogenannte Reutergeld. Als er 1928 auf dem Höhepunkt seines Schaffens war, betrachtete man ihn als „gegenwärtig stärkste Malerpersönlichkeit Mecklenburgs“, der mit Oskar Kokoschka verglichen wurde und dessen Bilder im Landesmuseum Schwerin denen von Lovis Corinth gegenübergestellt wurden.

„Es ist auch diesmal nicht anders, wie auf jeder Tschirch-Ausstellung: stumm und starr einzelne Besucher, entsetzte Mienen bei anderen, fluchtartiges Verlassen des Lokals und bisstige Bemerkungen auch bei sonst ernstgerichteten Menschen. Im Gegensatz dazu wieder Besucher, die in der kleinen Ausstellung stundenlang und mit größtem Genuß verweilen können und die wiederholt ihren Weg dahinnehmen“, schrieb am 5. August 1922 die „Mecklenburgische Warte“. In der Rostocker Marienkirche ist seine Darstellung des durch Bomben zerstörten Rostocker Stadtzentrums zu sehen.

Aus heutiger Sicht gilt allerdings Rudolf Bartels, der aus der Schwaanischen Künstlerkolonie hervorging, als der modernste und bedeutendste Maler dieser Gruppe. Bartels malte Landschaften, Stillleben und Porträts in einem unverwechselbaren eigenen Stil. Seine Bilder befinden sich in den Sammlungen der Museen in Schwaan, Rostock und Neubrandenburg. Im 18 und 19. Jahrhundert wirkten im Rostock zwei Generationen der Künstlerfamilie Tischbein. August Albrecht Christian Tischbein (1768 – 1848) starb in Rostock, wo sein Sohn Paul Tischbein (1820 – 1874) ebenfalls als Maler arbeitete. Sein anderer Sohn Albrecht Tischbein war Ingenieur und gründete die Neptunwerft.

Wolfgang Bergt

Partei in Bewegung

Einladung zu den Regionalforen in sechs Städten

Die neue alte Große Koalition soll fortgesetzt werden. DIE LINKE wird eine starke soziale Opposition sein. Was sind die Aufgaben, die Themen, die Kampagnen, die wir uns jetzt vornehmen? DIE LINKE hat Stimmen bei der Bundestagswahl hinzugewonnen und viele neue, vor allem junge Mitglieder sind eingetreten. Seit der Bundestagswahl werden einige Fragen in der Partei engagiert diskutiert: Wo haben wir hinzugewonnen, wo verloren und wie werden wir mehr? Was können wir tun, um dem gesellschaftlichen Rechtsruck entgegen zu wirken und wie können wir unsere Vorstellungen von einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft konkretisieren? Welche gesellschaftlichen Gruppen, Klassen, welches Klientel sprechen wir an? Und was bedeutet das für die LINKE Arbeit vor Ort? Wir möchten diese Fragen mit euch diskutieren, und zwar auf den Regionalforen „Partei in Bewegung“. Wir überlegen dort

gemeinsam, in was für einer LINKEN wir Politik machen wollen. Und wir wollen uns über das Ankommen von neuen Mitgliedern in der Partei austauschen. Mitglieder des Parteivorstandes und die Parteivorsit-

– Welche LINKE wollen wir? Wie soll die Partei aussehen, in der wir gern mitmachen? Wie wollen wir Politik machen? Für Getränke und Snacks ist gesorgt. Auch Kinder sind herzlich willkommen. Es gibt auf allen Regionalforen eine Kinderbetreuung.

Termine

Sonntag, 4. März 2018, München: Einstein Kultur, Einsteinstraße 42, 81675 München

Sonnabend, 10. März 2018, Mannheim: Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans-Böckler-Straße 1, 68161 Mannheim

Sonnabend, 17. März 2018, Hannover: Chéz Heinz, Liepmannstraße 7b, 30453 Han-

nover

Sonntag, 18. März 2018, Erfurt: Stadtpark Erfurt, Dalbergsweg 2a, 99084 Erfurt

Sonntag, 22. April 2018, Essen: Chor-Forum Essen, Fischerstraße 2-4, 45128 Essen

Sonnabend, 28. April 2018, Berlin: Sharehaus Refugio, Lenastraße 3-4, 12047 Berlin (Neukölln)

Interessenwahrnehmung oder Korruption?



zenden werden ebenfalls teilnehmen.

Programm

- 11.00 bis 13.30 Uhr: Austausch zur politischen Lage und Herausforderungen der LINKEN (Input, Diskussion im Plenum und in Arbeitsgruppen)

- 14.00 bis 15.30 Uhr: Wen wollen wir ansprechen und wie? Zur Frage von Klassen und linken Milieus

- 15.30 bis 17.00 Uhr: Partei in Bewegung

Aus dem Lütten Kleiner Blättchen

Ethel Ohm stellt vor: USCHI HASSELBERG

Ich behaupte einmal, jeder Zweite kennt Uschi. In ihren Arbeitsjahren war sie Hausmeisterin bei der WIRO. Bei ihrer sprichwörtlichen Hilfsbereitschaft hieß das: Wenn Sie eine Menschentraube vor der Wohnscheibe Warnowallee sahen, war der Kern Uschi. Hausmeister - eine Frau? Ja, sie war die einzige, aber eine sehr gute. Sie kümmerte sich. Sie war beliebt. Seit einigen Jahren ist sie Rentnerin und engagiert sich ehrenamtlich trotz einiger gesundheitlicher Probleme so umfassend, dass sie eigentlich sehr wenig Zeit für sich selbst, für die Familie und für den Garten hat. Sie ist Mitglied des Ortsbeirates, seit Jahren schon. Als Verbindungsfrau zum Seniorenbeirat nimmt sie ihre Aufgabe sehr ernst. Fast täglich kann man ihr im Mehrgenerationenhaus (MGH) begegnen. Dort leitet sie am Montagnachmittag den Kreativzirkel. Während der Sommermonate führt sie jede Woche am Mittwoch den Kindernachmittag auf dem Spielplatz durch. Sie organisiert und gestaltet, mit viel ehrenamtlicher Unterstützung, schon seit 9 Jahren den monatlichen Tanztee.

Das bedeutet: den Raum am Vortag vorbereiten, Stühle und Tische stellen, eindecken, am Tag selbst die Besucher bedienen, auch mal mit ihnen tanzen und zum Schluß muß weggeräumt und abgerechnet werden.

An der Schule neben dem MGH hat sie Kinder zum Plattdeutsch-Sprechen und -Singen gebracht. Das ist problematisch, weil die Kinder nur 4 Jahre dort sind. In ihrem Wohnhaus lebt eine afghanische Familie, die sie so liebevoll betreut, dass sie von ihnen zur Oma gekürt wurde. Damit auch die anderen ausländischen Familien des Wohnblocks einen engeren Kontakt zu den deutschen Bewohnern aufbauen können, hat sie im letzten Jahr ein Straßenfest organisiert, was ein großer Erfolg war.

Bei den Kleinen Konzerten im MGH ist oft ein Engpass an der Kuchen- und Kaffeebar. Wer hilft prompt? Uschi! Das ist durchaus als Aufruf zu verstehen, Helfer sind im MGH willkommen. Mehr geht nicht? Doch! Zeitweise betreut sie auch ein behindertes Pflegekind. Ich bewundere Frau Hasselberg sehr, ihre Beliebtheit ist grenzenlos.



Rotfeder und die Anfänge, denen zu wehren ist

Seit vielen Jahren warnen sich Demokraten immer wieder gegenseitig, dass den Anfängen faschistischer Gewalt zu wehren sei. Inzwischen habe ich das Gefühl, dass diese Anfänge schon Realität geworden sind. Zwar ist die NPD wohl in die Bedeutungslosigkeit abgesunken, aber sie hat einen gefährlichen Nachfolger bekommen. In der ganzen Bundesrepublik ist eine Annäherung der Rechtspopulisten an Pegida zu beobachten. Viele Landesvorsitzende der AfD sympathisieren offen mit der islamfeindlichen Gruppierung, und selbst die Parteiführung um Jörg Meuthen und Alexander Gauland fordert mittlerweile eine Aufhebung des längst zur Makulatur gewordenen Kooperationsverbotes. Ein Beispiel dafür habe ich gerade auf der WebSite von www.endstation-rechts.de gelesen: Die durch den Bedeutungsverlust der NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern entstandene Lücke will nun offen-

bar die AfD schließen. Sie hat gleich zwei Demonstrationen in Rostock angemeldet. Wie bei Pegida soll es jeweils an einem Montagabend in Rostock unter dem Motto „Islamisierung stoppen“ auf die Straße gehen.

In der neueren deutschen Geschichte findet man immer wieder eine Alternative zu Araber/Türken, Muslime/Islam: mal waren es Protestanten, mal Katholiken, mal Hugenotten, mal waren es Polen, mal Flüchtlinge aus Ostpreußen, Schlesien, Pommern, mal Italiener, immer waren es Juden. Immer wieder war es eine gruppenbezogene Ausgrenzung. Diese Ideologie, die zu den Unmenschlichkeiten unserer deutschen Geschichte geführt haben, ist wieder öffentlich hervorgetreten, sogar in den Parlamenten, sogar im Bundestag. Gottfried Curio von der AfD brachte z. B. Ende Februar einen populistischen Antrag über Deniz Yücel ein. Wenn an solch pro-

minenter Stelle derart unsäglich gezetert wird, kann man nicht schweigen. Dann muss Widerstand geleistet werden. Und das haben dann auch viele Abgeordnete gemacht, vor allem Cem Özdemir mit einer besonderen Schärfe, die der Sache uneingeschränkt angemessen ist. Das Video davon auf YouTube ist empfehlenswert.

Wie dieser Widerstand sein soll, was der richtige Weg im Umgang mit der AfD ist, darüber muss noch weiter nachgedacht werden. Aber dringend notwendig ist er.

Das meint eure Rotfeder



Aus dem Landkreis

Kreisvorstandssitzung im Februar 2018

Am 14. Februar versammelte sich der Kreisvorstand Landkreis Rostock im Landgasthof „Zur Mooreiche“ in Broderstorf. Als Gast begrüßten wir unseren neuen Landesgeschäftsführer Sandro Smolka. Er berichtete von der geplanten Klausur des Landesvorstandes im Zeitraum 23. bis 25. Februar 2018. Die Hauptinhalte betreffen die Strategiediskussion und die zukünftige Personalstruktur des Landesverbandes von Mecklenburg-Vorpommern. Dr. Kerstin Neuber berichtete von der Konstituierung des neuen Landesausschusses für die Legislatur 2018/2019. Auf der Beratung wurde zur GROKO diskutiert sowie das Forum mit Bernd Riexinger am 12. Februar im Bürgerhaus in Güstrow ausgewertet. Die geplante neue Regierung der Bundesrepublik bringt keine inhaltlichen Veränderungen. Friedenspolitik und Umwelt wurden in den Verhandlungen zur großen Koalition nicht berücksichtigt. Die geplanten Veränderungen zur Lösung des Pflegenotstandes sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Bürgerversicherung wird nicht in Angriff genommen. Die Ausgaben für die Bundeswehr und die Auslandseinsätze werden steigen. Die Rüstungsexporte setzen sich fort. DIE LINKE wird die einzige linke Opposition bleiben. Sie behält die Friedenspolitik als ihr Alleinstellungsmerkmal.



Im Forum mit Bernd Riexinger wurde festgestellt, dass der Zustrom von jungen neuen Mitgliedern in unsere Partei durch ein gutes Wahlprogramm der LINKEN aufgelöst wurde. Dieser Zustrom ist vorwiegend in Städten zu beobachten. Da es in Mecklenburg-Vorpommern nicht so viele Städte gibt, sollten neue Strukturen geschaffen werden. Junge Genossinnen und Genossen fühlen sich nicht unbedingt in Basisorganisationen der Partei zuhause, sondern orientieren sich an Inhalten und Zielen. Eine

Arbeit in zeitweiligen oder thematischen Arbeitsgemeinschaften wäre eine Alternative für die Jugend, sich zu engagieren. Gemeinsam mit Solid sollten Wege für unser ländlich geprägtes Land gefunden werden, um junge Menschen für linke Politik zu begeistern.

Im nächsten Jahr erwarten uns die Europawahl und die Kommunalwahlen. Zur Europäischen Linken müssen Diskussionen erfolgen. Gibt es einen Neustart in der EU oder wird die neoliberale EU mitgetragen? Kann man eine linke Vision für Europa entwickeln?

Für die Wahlen als Gemeindevertreter und für den Kreistag müssen vor Ort Kandidaten unter Parteimitgliedern und Sympathisanten gewonnen werden. Bei der Aufstellung offener Listen sollte auf Haltungen der Kandidatenbewerber geachtet werden, die nicht in der LINKEN organisiert sind, damit bei Abstimmungen in Gemeindevertretungen und im Kreistag durch unsere Vertreter Entscheidungen im Sinne der LINKEN erfolgen.

Aufgrund der Altersstruktur in unserer Partei wird es nicht einfach sein, junge Kandidaten/Innen zu finden, die eine ganze Wahlperiode zur Verfügung stehen können, ohne aufgrund von Ausbildung, Studium und Jobsuche den Landkreis verlassen zu müssen.

Eine Entstehung „Weißer Flecken“ im Landkreis muss verhindert werden. DIE LINKE muss weiterhin breit aufgestellt sein. Packen wir es mit neuen Ideen an! Angedacht ist zum Beispiel die Organisation von Polit-Talks im Landkreis, die man auch parteioffen gestalten kann.

Dr. Kerstin Neuber, Mitglied des Kreisvorstandes und des Landesausschusses

Aus dem Europa-Parlament

Nach dem Brexit: Britische Parlamentssitze einsparen, aufteilen oder was?

Wie weiter im Europäischen Parlament (EP) nach dem Ausscheiden der britischen Abgeordneten im Zuge des Brexits? Die 73 Sitze der britischen Parlamentarier einsparen, auf die anderen Mitgliedsstaaten für mehr Gleichgewicht untereinander aufteilen? So oder so kann man sich vorstellen, dass das Thema sehr kompliziert und konfliktträchtig ist – in allen Fraktionen des EP und das länderübergreifend. Geht es doch schließlich jeweils um eigene, nationale Interessen und Macht.

Mit der ganzen Materie beschäftigt sich Helmut Scholz schon seit Jahren im zuständigen Fachausschuss des EP, dem Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO). Als Berichterstatter seiner Fraktion, der GUE/NGL, stand er am 31. Januar in der Fraktionssitzung seinen KollegInnen Rede und Antwort. Denn das Parlament muss entscheiden. Dessen Votum geht zur Stellungnahme an den Rat, von da wieder zurück in das EP und muss schließlich in nationales Recht aller 27 Mitgliedsstaaten der EU umgewandelt werden. Denn nach wie vor legen die nationalen Parlamente wie der Deutsche Bundestag oder die französische Assemblée nationale auf nationaler Ebene die Gesetze zur Wahl des EP fest. Helmut Scholz machte in der Fraktionssitzung deutlich, dass es für ihn begrüßenswert wäre, wenn das EP standardmäßig über eine feste Anzahl von Sitzen verfügen würde und es zu dieser Frage nicht immer wieder neue „Deals“ geben müsse. Ein großes Problem sei, so Scholz, dass nicht jedes Mitglied des EP die gleiche Anzahl an

EU-BürgerInnen vertritt. So sind bspw. die sechs Abgeordneten aus Malta für die nur gut 433.000 EinwohnerInnen ihres Landes zuständig, aus Deutschland stehen aber z. B. 96 Abgeordnete für rund 82,5 Mio. EinwohnerInnen! Ein Parlamentsmitglied aus Deutschland vertritt also wesentlich mehr EU-BürgerInnen als das Parlamentsmitglied aus Malta. Gleichzeitig ist durch die EU-Verträge jedoch zum einen die Höchstzahl an Sitzen für das Parlament insgesamt reguliert, zum anderen ist die Höchstzahl von Parlamentsmitgliedern eines Landes auf 96 (wie im Falle Deutschlands) begrenzt und natürlich müssen auch alle EU-Staaten mit Parlamentsmitgliedern im EP vertreten sein. Dieses Problem des Stim-



menungleichgewichts hat man bis heute vor sich hergeschoben, da natürlich kein EU-Staat im EP Sitze verlieren will. Der AFCO hatte nun in seiner Beratung zu den britischen Sitzen einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Ein Teil der Sitze soll eingespart werden, der andere Teil der Sitze für mehr Gerechtigkeit unter den verbleibenden 27 EU-Staaten aufgeteilt werden. Nun könnte man natürlich an der Stelle auch schon fragen, ob ein europäisches Parlament mit auf 750 Sitzen (plus

1 Sitz für den Parlamentspräsidenten) beschränktes Parlament eine angemessene große Volksvertretung für annähernd 512 Mio. EU-BürgerInnen ist. Allein der Deutschen Bundestag hat schließlich aktuell schon 709 Abgeordnete. Diese Frage stand allerdings gar nicht zur Debatte. Die Lösung des AFCO muss also wirklich als Kompromiss bezeichnet werden.

Die konföderale Fraktion GUE/NGL vertritt in ihrer Vielfalt allerdings keine klare Position. Helmut Scholz zeigte sich als AFCO-Mitglied offen für den 50:50-Vorschlag (Briten-Sitze zur Hälfte einsparen, zur Hälfte verteilen) des AFCO. Niederländer in der Fraktion sprachen sich jedoch klar für die komplette Einsparung aus. Spanien, Frankreich, Portugal, Irland und Italien forderten mit dem Argument „mehr Demokratie durch mehr Parlamentarier“ die komplette Aufteilung der britischen Sitze unter den anderen Staaten. Denn gerade in Ländern mit sehr heterogenen und oft kleinen Volksgruppen (Bsp. Baskenland, Katalonien, ...) kann ein Sitz mehr oder weniger für den EU-Staat XY im EP schon über das Ja oder Nein der parlamentarischen Vertretung eben jener Volksgruppen entscheiden.

Es bleibt also spannend, doch die Uhr läuft: Spätestens im Sommer des Jahres 2018 muss zum Beispiel Frankreich verfassungsgemäß-zwingend seine nationalen Gesetze zur EP-Wahl 2019 beschließen haben. Dem könnte man ja mit einer echten, durch das EP selbst beschlossenen EP-Wahl begegnen. Doch dazu hängen die EU-Staaten leider noch viel zu sehr im national-egoistischen Denken fest ...

Felix Thier

Aus dem Lütten Kleiner Blättchen

Angekommen in Rostock

Als die ersten Flüchtlinge unserem Stadtteil zugeteilt wurden, überlegten wir nicht lange, was zu tun ist. Wir handelten, damit sie bei uns „ankommen.“ So lernten wir junge Eritreer kennen, junge Männer und Frauen, die einer brutalen Militärdiktatur entkommen sind. Sie haben ihre Familien und Verwandten zurücklassen müssen und begaben sich auf die Flucht. Das war für sie, im wahrsten Sinne des Wortes, eine Odyssee. Schreckliche, grauenhafte Bilder werden sie nicht vergessen. Ihre Flucht ging durch die Wüste. Sehr gefährlich war die Passage übers Mittelmeer. Allen Widrigkeiten zum Trotz haben sie es

nach 14 Monaten geschafft, Deutschland und schließlich Rostock zu erreichen. Von Beginn an halfen wir ihnen, wo wir konnten. Schnell wurde uns klar, sie wollen nicht Bittsteller sein, sie wollen sich integrieren, wollen „ankommen“. Uns beeindruckt, wie sie mit Mut, hoher Lernbereitschaft, Hartnäckigkeit, Zielstrebigkeit und mit viel Hoffnung ihr Schicksal in die Hand nehmen, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Henok und Mengs werden eine dreijährige Berufsausbildung beginnen. Das haben sie selbst organisiert. Toll! Ihre Frauen, Shewit und Eden, besuchen als Mütter weitergehende Deutschkurse. Ihre Kinder wer-

den eine Kindereinrichtung besuchen. Wir begleiten sie dabei. Wir lernen voneinander. Sie nehmen an unserem Leben teil, wir an ihrem. Wir sind eine Familie. *Verfasser der Redaktion bekannt*



TERMINE AUS HRO UND LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Do., 1.3.	15:00 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR" mit Kauf- und Signiermöglichkeit	Rostock	Geschäftsstelle Kröpeliner Str. 24
Mi., 7.3.	18:30 Uhr	Linksjugend Rostock: Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR" mit Kauf- und Signiermöglichkeit	Rostock	Geschäftsstelle Kröpeliner Str. 24
Do., 8.3.	15:00 Uhr	Frauentagsfeier mit MdB Heidi Bluhm	Bad Dob.	Kornhaus
Do., 8.3.		Verteilaktion zum Frauentag Krankenhaus und Innenstadt	Güstrow	
Do., 8.3.	18:00 Uhr	Politischer Frauenabend (siehe unten)	Rostock	Butterblume
Sa., 10.3.	09:00 Uhr	Kreisparteitag HRO	Rostock	Waldemar Hof
Di., 13.3.	18:00 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR" mit Kauf- und Signiermöglichkeit	Rostock-Schmarl	Haus 12, Am Schmarler Bach 1
Mi., 14.3.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Graal-M.	Hotel "Residenz"
Do., 15.3.	15:00 Uhr	SV Evershagen: Steffen Bockhahn über Sozialpolitik in Rostock	Rostock-Eversh.	Maxim-Gorki-Str. 52, Blauer Salon 1. Etage
Sa., 24.3.	11-16 Uhr	Landesbasiskonferenz	Güstrow	Bürgerhaus, Sonnenplatz 1
So., 25.3.		Bürgermeisterwahl in Teterow, Kandidat: Andreas Lange (parteilos)		
Sa., 21.4.	10:00 Uhr	Klausur des LRO-Kreisvorstandes (Vorbereitung Europawahl, Zwischenbilanz Kreistagswahlprogramm 2014, Mitgliedergewinnung)	Dolgen am See	Hotel "Herrenhaus"
So., 22.4.		Bürgermeisterwahl in Graal-Müritz, Kandidatin: Andrea Conteduca		
Do., 24.5.	15:00 Uhr	SV Evershagen: Wolfgang Methling über sozialökologischen Umbau	Rostock	Maxim-Gorki-Str. 52, Blauer Salon 1. Etage

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Unter aller Augen! Politischer Frauenabend - Film und Gespräch

Am 8. März ist Frauentag und wir laden Sie und euch ganz herzlich zu unserer besonderen Abendveranstaltung ein. Wir zeigen einen Film und werden im Anschluss verschiedene Stimmen dazu hören. Wir wollen diskutieren und gemütlich beisammen sein. Zur kulinarischen Untermalung bereiten wir einige Leckereien vor und stellen Getränke bereit. Ladet Freundinnen ein und kommt am 8. März in die Butterblume (Doberaner Straße 19, 18057). 18 Uhr ist Einlass.

Für ein selbstbestimmtes und friedvolles Leben aller Frauen dieser Welt!

„Jetzt hat mich meine Familie in einen feurigen See geworfen und ich verbrenne im Feuer“ ... Minara, Bangladesch
„Meine Mutter sagte: Du weißt, dass es hier nicht gestattet ist, Familienangehörige bei der Polizei anzuklagen...“ Yolande, Benin
„Ja, meine Kinder lachten über mich, gingen mir aus dem Weg und sagten: „Sie ist kein Mensch mehr“, und ich mied sie und weinte.“ Nakatya, DR Kongo

„Das ist das, was ich so tragisch finde, die Gewalt geht einfach weiter – über die Generationen geht's einfach weiter...“ Maya, Deutschland
Asien, Afrika, Europa – in Benin, in Bangladesch, in der DR Kongo, aber auch mitten in Deutschland: Gewalt an Frauen ist allgegenwärtig.

UNTER ALLER AUGEN taucht ein in die Lebenswelt von Frauen, die schlimmster Gewalt ausgesetzt waren und die sich frei gekämpft haben. Sie erzählen von der Gewalt, die ihnen angetan wurde, ihrem

Kampf ums Überleben, ihren Ängsten und Hoffnungen und ihren aktuellen Versuchen, ein neues Leben jenseits der Gewalt aufzubauen. Sie haben Initiative ergriffen, sich trotz großer Gefahr zur Wehr gesetzt. Und die Männer? Viele schildern die Gewalt gegen Frauen als normalen Bestandteil ihres Alltags. Wird die Frau geschlagen, hat sie es verdient. Eine selbstbestimmte Frau macht Angst, darf nicht sein. Wehrt sie sich, droht er damit, ihr die Kinder wegzunehmen und sie aus dem Haus zu werfen – mittellos...

Die häufigsten und härtesten Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit richten sich weltweit immer noch gegen Mädchen und Frauen. Bei Frauen zwischen 15 und 45 Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie von ihren Männern zu Krüppeln geschlagen oder zu Tode geprügelt werden, weit größer als das Risiko, an Krebs, Malaria, einem Verkehrsunfall oder im Krieg zu sterben. UNIFEM und WHO gehen davon aus, dass in einigen Ländern der Erde bis zu 70 Prozent aller Frauen mindestens einmal im Laufe ihres Lebens Opfer physischer oder sexueller Gewalt werden – meist durch ihre Ehemänner oder Partner. Der Film macht deutlich, wie Gewalt funktioniert. Vor dem Hintergrund verschiedener Kulturen, Lebensweisen, gesellschaftlicher Systeme werden die Mechanismen und Strukturen von Gewalt und Macht gegen Frauen in ihrer universellen Parallelität durchleuchtet und die Ursachen sichtbar. Dass die Gewaltstrukturen in Deutschland dabei oft nicht weniger erbarmungslos sind wie in Ländern Afrikas und Asiens ist die Aufsehen erregende Botschaft.

Die Filmemacherin Claudia Schmid bringt intensive Momente mit den Frauen, die ihr viel anvertrauen, folgt mit ihrer Ka-

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:

Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

mera den Blicken, den Bewegungen und Handlungen ihrer beeindruckenden Protagonistinnen hinaus aus der Enge, fängt Bilder ein für schmerzhaft Erinnerungen, Sehnsüchte und Träume – nah an den Gefühlen der Menschen, seien es die weiblichen Hauptfiguren oder manchmal auch die Täter. Die Lebenswelten der Frauen werden oft in poetischen Bildern gezeigt. Allein durch die Kraft der Protagonistinnen wird der generationsübergreifende Kreislauf der Gewalt gesprengt. Minara, Nakatya, Vumilia, Maya und all die anderen ... Sie haben nichts weniger geschafft, als mit hart erarbeitetem Selbstbewusstsein die Welt im Kleinen ein Stückchen zu verändern.

Am 8. März ist Weltfrauentag. Am 9. März 2017 startet der neue Film von Claudia Schmid in den deutschen Kinos!

UNTER ALLER AUGEN, Dokumentarfilm, Deutschland 2017, 90 Min.

Aus dem Bundestag

Hier eine kurze Übersicht über Anträge der Linksfraktion im Bundestag:

- Sachgrundlose Befristungen verbieten: Es reicht nicht aus, sachgrundlose Befristungen, nur einzuschränken. Sie gehören abgeschafft - für ein planbares Leben und mehr Mut zu Widerstand bei zu niedrigen Löhnen, Überstunden und schlechten Arbeitsbedingungen.

- Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters: Bei den Verhandlungen zwischen Union und SPD wurde die Einführung eines Lobbyregisters kurzerhand aus dem Koalitionsvertrag gestrichen. Demokratie aber braucht Transparenz, damit Wählerinnen und Wähler wissen, wer auf welche Entscheidungen welchen Einfluss hat.

- Weitere Aufrüstung der arabischen Halbinsel stoppen: Im Jemen droht eine entsetzliche Hungerkatastrophe. Nötig ist ein sofortiger Waffenexportstopp nicht nur an Saudi-Arabien, sondern an alle weiteren Verbündeten der von diesem Land angeführten Koalition. Wer die Bekämpfung von Fluchtursachen ernst nimmt, muss zuerst die Waffenlieferungen in Kriegsge-

biete stoppen.

- Dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten - Atomwaffen abziehen: Den Sonntagsreden der Bundesregierung gegen Atomwaffen müssen endlich Taten folgen. Insbesondere muss Deutschland endlich dem internationalen Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich dafür einsetzen, dass die US-Atomwaffen aus unserem Land abgezogen werden.



**Rüstungs-
Exporte
verbieten!**

DIE LINKE.

Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Die Warnowwerft



Gewinner: Dirk Stübs hat die Stichwahl um den Bürgermeisterposten in Wittenbeck gewonnen. Wir haben den LINKEN-Sympathisanten in der letzten Ausgabe vorgestellt und freuen uns über diesen Wahlerfolg. Wir wünschen Dirk in seinem Amt viel Erfolg!

Verlierer: Mecklenburg-Vorpommern bleibt Deutschlands Lohnkeller: Laut „Gehaltsatlas 2018“ liegt das Land bundesweit mit 73,5 Prozent des Durchschnitts auf dem letzten Platz.

Monatszitat

„Eher qualifiziert sich der HSV noch direkt für die Champions League, als dass die SPD mit diesem Führungspersonal aus der Krise kommt.“ Kapitän Schwandt

Monatszahlen

2017 wurden von der Bundesregierung Waffenexporte in Höhe von 1,3 Milliarden Euro an Staaten genehmigt, die am Krieg im Jemen beteiligt sind.

Rund 5000 Schwarzfahrer sitzen in Deutschland im Gefängnis, meistens weil sie die verhängten Geldstrafen nicht zahlen können. DIE LINKE schlägt vor, dass die Betroffenen stattdessen gesellschaftlich nützliche Arbeiten verrichten sollen.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer gewann die Bürgermeisterwahl in Wittenbeck?
2. An wessen Ermordung wurde am 25. Februar in Rostock feierlich erinnert?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.04.2018